

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Asterisk bei den Berlinern? Gendersprache an Schulen untersagen! Amtliches Regelwerk der deutschen Rechtschreibung anwenden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Anwendung des amtlichen Regelwerks der deutschen Rechtschreibung an Berliner Schulen konsequent einzufordern und zu überprüfen. Den Empfehlungen des Rats für Deutsche Rechtschreibung vom 26. März 2021 folgend soll der Senat – mit Verpflichtung zur Umsetzung – ein Rundschreiben an die Schulleitungen richten, die Verwendung rechtschreibwidriger Sonderzeichen (Gendersternchen, Doppelpunkt oder Unterstrich) zu unterlassen. Dies soll für Unterrichtsmaterial als auch für die interne und externe Kommunikation (offizielle Schreiben, Briefe an die Eltern) gelten.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. November 2022 zu berichten.

Begründung:

Gendern ist regelwidrig.

Grundlage der deutschen Rechtschreibung bildet das amtliche Regelwerk, das vom Rat für deutsche Rechtschreibung herausgegeben wird. Bestehend aus einem Regelteil und einem Wörterverzeichnis. Das amtliche Regelwerk gilt für Schulen sowie für Verwaltung und Rechtspflege.

In seiner Presseerklärung vom 26.03.2021 hat der Rat für deutsche Rechtschreibung „die Aufnahme von Asterisk (,Gender-Stern‘), Unterstrich (,Gender-Gap‘), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung“ ausdrücklich „nicht empfohlen“. Die

Verwendung von „geschlechtergerechten“ Sonderzeichen ist somit regelwidrig, sie sind nicht Bestandteil der deutschen Orthografie.

Gendern ist dysfunktional.

Die Verwendung des sogenannten Gendersterns stört die Lesbarkeit, in gesprochener Form führt er zu Missverständnissen. Dieses Problem betrifft auch sehbehinderte Menschen, die sich Bildschirmtexte vorlesen lassen. Für Migranten bildet die künstliche Verkomplizierung von Sprache ein Integrationshindernis. Für alle, die sich mit Rechtschreibung und Grammatik ohnehin schon schwertun, ist die ideologische Kunstsprache mit Genderstern eine zusätzliche Herausforderung. Durch die Fixierung auf den Aspekt des Geschlechts gerät der Kern einer Aussage aus dem Blick. Das Gendern erschwert in mehrfacher Hinsicht die Kommunikation. Gendern führt beim Erstellen und beim Verstehen zu einem höheren Zeitaufwand und widerspricht damit dem Prinzip der Sprachökonomie. Ein konsequentes Gendern wäre nicht realisierbar. Eine solche Praxis müsste alle Textsorten – ebenso die Umgangssprache – erfassen und sämtliches Auftreten des generischen Maskulinums tilgen. Ein solch gigantomanisches Sprachumbauprojekt wäre eine Sache der Unmöglichkeit.

Gendern ist unnötig.

Der Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) stellte heraus, dass die sogenannte gendergerechte Sprache auf einem „Generalirrtum“ beruht. Die Gleichsetzung des generischen Maskulinums mit biologischer Männlichkeit ist eine Fehlinterpretation sprachlicher Zeichen. Die Eignung des Maskulinums zum inklusiven Formulieren darf nicht verkannt werden, so wie auch ein generisches Femininum existiert (die Person, die Lehrkraft, die Geisel, die Koryphäe, die Wache, die Figur).

Gendern ist nicht nützlich.

Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass derartige Veränderungen der Sprache eine positive Auswirkung auf die Gleichberechtigung der Frau hätten, ist wissenschaftlich nicht belegt. Auch aus Sicht vieler Feministinnen handelt es sich um eine wenig zielführende Debatte, die von eigentlichen Missständen ablenkt und geeignet ist, ein an sich berechtigtes Anliegen zu diskreditieren.

Die Forderung nach sogenannter gendergerechter Sprache schafft unnötigerweise Konfliktlinien zwischen Menschen, die sich alle dem Gedanken der Gleichberechtigung verpflichtet fühlen. Wer eine Verhuzung der deutschen Sprache ablehnt, ist deswegen nicht gegen die Gleichstellung der Frau.

Gendern ist unästhetisch.

Das Gendern läuft dem sprachästhetischen Empfinden der Menschen zuwider. Der Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) argumentiert, die Gendersprache erzeuge „eine Fülle lächerlicher Sprachgebilde“. Der Rat für deutsche Rechtschreibung selbst hat seinen Empfehlungen vom 26.03.2021 eine beispielhafte Liste von solch Wortungetümen, die es zu vermeiden gilt, beigelegt.¹

Gendern ist undemokratisch.

Das Gendern ist nicht die Folge einer natürlichen Sprachentwicklung, sondern ein künstlicher Eingriff in gewachsene Sprachstrukturen. Der populäre deutsche Komödiant Dieter Hallervorden pointiert diese Kritik wie folgt:

¹ Empfehlungen vom 26.03.2021, Anlage 2: [Geschlechtergerechte Schreibung: Orthografisch nicht normgerechte Wort- und Satzbildungen](#)

„Was dieses unsägliche Gendern anbelangt: Wie kommt eine politisch motivierte Minderheit dazu, einer Mehrheit vorschreiben zu wollen, wie wir uns in Zukunft auszudrücken haben? Die deutsche Sprache als Kulturgut gehört uns allen. Keiner hat ein Recht, darin herumzupfuschen. Sprache entwickelt sich von allein, aber nicht auf Druck von oben. Gendern ist – wie ein weiser alter Mann wie Joachim Gauck sagte – ‚betreutes Sprechen‘. Ich und viele mit mir brauchen keine Erziehung zu Sensibilität.“²

Der behelrende und bevormundende Gestus dieses ‚betreuten Sprechens‘ ist eine Zumutung für jeden mündigen Bürger. Der elitäre Sprachumbau mit seinen Wurzeln im universitären Milieu ist nicht mit den Prinzipien einer freien Gesellschaft vereinbar. Die Praxis des Genderns widerspricht dem Willen der Bevölkerung, die – wie Umfragen zeigen – das Gendern überdeutlich ablehnt.

Notwendigkeit einer verbindlichen Regelung

Die Verwendung von Gendersprache den Schulen zu überlassen, so wie es in Baden-Württemberg beschlossen wurde, führt zu einem verwirrenden Flickenteppich. Wie Berichte von Schülern und Eltern zeigen, ist die Praxis auch in Berlin nicht einheitlich. Nicht alle Lehrer setzen konsequent die deutsche Rechtschreibung um, einige Lehrer verwenden in Arbeitsblättern und Briefen Gender-Sonderzeichen.

Der vorliegende Antrag ähnelt der Regelung in Schleswig-Holstein und Sachsen, wo Gender-Sonderzeichen an Schulen nicht mehr verwendet werden sollen. Statt nur unverbindliche Empfehlungen auszusprechen, muss die Einhaltung des amtlichen Regelwerks der deutschen Rechtschreibung allerdings auch kontrolliert werden. Gezielte Verstöße durch Lehrer sind ggf. zu sanktionieren.

Berlin, den 15. Februar 2022

Dr. Brinker Gläser Tabor Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

² Rüdiger Sturm: [Dieter Hallervorden. Warum er Gendern für ‚unsäglich‘ hält](#), Berliner Morgenpost, 28.12.2021.